



Ausschuss für Kultur und Medien

29. Sitzung (öffentlich)

18. April 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:34 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Christina Osei (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW)	6
	Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 18/5830	
	Stellungnahme 18/1349 Stellungnahme 18/1350	
	– abschließende Beratung und Abstimmung	
	– Wortbeiträge	
	Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie gegen die Stimme der AfD empfiehlt der Aus- schuss dem Landtag, den Gesetzentwurf abzulehnen.	

2 Gesetz über die Offenlegung von Parteimitgliedschaften in den Angeboten des Westdeutschen Rundfunks Köln (Parteimitgliedschaften-Offenlegungsgesetz NRW) 10

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/8112

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

3 Fünfter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag, 5. MÄStV) 11

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen
Drucksache 18/8498

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, die Abstimmung über den Antrag zu vertagen.

4 „Incels, Alpha-Males & Pick-Up Artists“ – Frauen- und demokratiefeindliche Trends ernstnehmen, Frauen- und Mädchenhass im Netz bekämpfen 12

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/8128

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung im federführenden Ausschuss zu beteiligen.

5 Themis – Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) 13

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2469

– Wortbeiträge

6	Verschiedenes	14
	a) Tätigkeitsbericht des Rundfunkdatenschutzbeauftragten, Information 18/110	14
	Der Ausschuss nimmt den Bericht in Information 18/110 zur Kenntnis.	
	b) Zuordnung von Übertragungskapazitäten, Vorlage 18/2467	14
	Der Ausschuss nimmt die Vorlage 18/2467 zur Kenntnis.	
	c) Bedarfstermin 2. Mai 2024	14
	Der Ausschuss beschließt, die für den 2. Mai ausgewiesene Bedarfssitzung nicht stattfinden zu lassen.	
7	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen (<i>Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 2])</i>	15
	Bericht der Landesregierung Vorlage 18/2466	
	– Bericht durch StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW)	
	– Wortbeiträge	
8	Ruhrtriennale – internationales Festival der Künste in der Metropole Ruhr	19
	Vorstellung und Gespräch mit dem Intendanten Herrn Ivo van Hove und der Geschäftsführerin der Kultur Ruhr GmbH, Frau Dr. Battis-Reese	
	– Vortrag durch Ivo van Hove (Intendant Ruhrtriennale)	
	– Vortrag durch Dr. Vera Battis-Reese (Kultur Ruhr GmbH)	
	– Wortbeiträge	
9	Gesicherte Förderung für thematisches Jugendtheater	26
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/6387	
	Ausschussprotokoll 18/491	

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung über den Antrag zu vertagen.

10 Aktueller Stand der Diskussion zu einer Antisemitismusklausel in der Kunst- und Kulturförderung (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **27**

– Bericht durch StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW)

– Wortbeiträge

11 Weiterentwicklung der Beratenden Kommission im Rahmen der Kulturministerkonferenz am 13. März 2024 (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **29**

– Bericht durch StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW)

– Wortbeiträge

12 Aktueller Sachstand Diversität und Teilhabe in Kunst und Kultur (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **31**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2483

– keine Wortbeiträge

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, Frau Ministerin Brandes lasse sich wegen Terminkollisionen entschuldigen.

Sie schlage vor, TOP 12 „Verschiedenes“ bereits nach den medienpolitischen Themen als TOP 6 zu behandeln. – Der Ausschuss ist damit einverstanden.

1 **Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5830

Stellungnahme 18/1349
Stellungnahme 18/1350

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/5830 an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – und den Hauptausschuss)

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, der zur Mitberatung aufgerufene Hauptausschuss empfehle, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Heute fänden die Auswertung der Stellungnahmen sowie die abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung ab.

Dr. Hartmut Beucker (AfD) führt aus, wenn man den Umfragen trauen dürfe, dann genieße der Berufsstand der Journalisten kein besonders großes Vertrauen bei der Bevölkerung. Nach einer Statistik, die man auf Statista nachlesen könne, attestierten nur 20 % der Befragten den Journalisten ein gutes Image, dagegen 60 % ein sehr schlechtes Image. Das sei auch nicht erst heute so, sondern man könne zum Beispiel in einem Beitrag des NDR-Magazins Zapp aus dem Jahr 2008 genau das Gleiche sehen. Damals wie heute hätten Wissenschaft und Bevölkerung den Journalisten den gleichen Vorwurf gemacht: das Auseinandertriften von Anspruch und bescheidener Realität, die sogenannte Blase der Hauptstadtjournalisten und fehlende kritische Distanz von Lokaljournalisten.

Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf habe in den Stellungnahmen des Journalistenverbandes und im Plenum einen Vorwurf erhalten, der da laute, dass der Gesetzentwurf das Misstrauen gegenüber Medienschaffenden vorantreiben oder gar eine ganze Berufsgruppe diskreditieren würde. Dem sei allerdings nicht so, wie auch die Rede seines Kollegen Tritschler im Plenum gezeigt habe. Vielmehr solle mit diesem Gesetz für Transparenz gesorgt werden, damit eben nicht schwarze Schafe den Berufsstand diskreditierten, was auf die Gesamtheit von Presse und Rundfunk zurückfallen würde.

Ebenso wie zum Beispiel Selbstverpflichtungen bei der Industrie nicht die gleiche Wirkung bei schwarzen Schafen hätten wie eine dezidiert gesetzliche Regelung, so sehe man anhand der in jüngster Vergangenheit in die Öffentlichkeit gelangten Negativbeispiele von personalen Verquickungen journalistischer Arbeit und PR, dass ein Regelungsbedarf offenkundig gerade per Gesetz bestehe und eben die bisherigen Selbstverpflichtungen von journalistischer Seite oder von Medienschaffenden nicht ausreichten. Diese für alle geltende Transparenzregelung schütze durchaus die meisten integren und recht-

schaffenden Journalisten, die die bisherigen Regeln eingehalten hätten, vor der Zerstörung ihres guten Rufes und vor Generalverdacht.

Er bitte daher um Zustimmung.

Andrea Stullich (CDU) legt dar, in der Stellungnahme von Frau Bößenecker sei ihr ein Widerspruch aufgefallen. Sie schreibe auf Seite 2 – Zitat –:

„Das Gesetz fördert also die institutionelle Garantie einer freien Presse, indem es entsprechende finanzielle Abhängigkeiten offenlegt und die demokratische Öffentlichkeit hierfür sensibilisiert.“

Auf Seite 4 stelle sie aber fest, dass – Zitat – es bis heute keine belastbaren Untersuchungen darüber gebe, inwiefern die von dem Gesetzentwurf problematisierten Zahlungen tatsächlich die Unabhängigkeit von Journalisten gefährdeten.

Das bedeute im Ergebnis nichts anderes, als dass dem Ziel des Gesetzes jedwede Grundlage fehle.

Der DJV habe in seiner Stellungnahme deutlich gemacht, dass der Gesetzentwurf ein Problem adressiere, das – Zitat –

„in der Praxis so nicht existiert, da es bereits ausreichend rechtliche und berufsethische Regelungen gibt, mit denen Medienhäuser potenziellen Interessenskonflikten begegnen.“

Vor dem Hintergrund der Regelungen im WDR-Gesetz, vergleichbarer Regelungen privater Sender und natürlich auch im Pressekodex sehe der DJV keinerlei Regelungsbedarf für den Gesetzgeber. Er halte ihn gleich aus mehreren Gründen für ungeeignet und gefährlich – Zitat der DJV –, weil die antragstellende Fraktion hier durchschaubar ein vermeintliches Problem konstruiere, um eine ganze Branche unter Generalverdacht zu stellen und damit die Glaubwürdigkeit der Medien weiter zu untergraben.

Weiter stelle der DJV fest:

„Die im Antrag zitierte Antwort der Landesregierung (Drs. 18/4655) genügt in diesem Zusammenhang unseres Erachtens nach völlig, um dem berechtigten Interesse einer Landtagsfraktion auf Kontrolle der Exekutive gerecht zu werden.“

An der Praxis, einen Profimoderator zu engagieren, gebe es also überhaupt nichts zu mystifizieren, zu skandalisieren, zu dramatisieren. Dass ausgerechnet die AfD vorgebe, sie sei die Kontrollinstanz, um über unabhängigen Journalismus zu wachen, sei geradezu lächerlich.

Ihre Fraktion lehne den Gesetzentwurf ab.

Christian Obrok (SPD) sagt, Frau Stullich habe bereits die wesentlichen Punkte aus der Anhörung ausgeführt. Der Gesetzentwurf werde auch ein halbes Jahr nach der Einbringung nicht besser.

Wer auf dem Boden der Verfassung stehe, brauche keine Angst vor kritischem Journalismus zu haben.

Seine Fraktion werde den Gesetzentwurf ablehnen.

Ralf Witzel (FDP) macht deutlich, dass die FDP-Landtagsfraktion das Anliegen journalistischer Unabhängigkeit ausdrücklich teile. Von daher habe man den Deutschen Journalistenverband (DJV) gebeten, im Rahmen der Anhörung Stellung zu beziehen, um auch mal von Betroffenen aus dem Berufsstand gespiegelt zu bekommen, wie man mit den Dingen dort umgehe und wie man auf die hier angesprochenen Fragestellungen blicke.

In der Stellungnahme sei das bestätigt worden, was man erwartet und in der Debatte im Plenum deutlich gemacht habe, nämlich dass es für eine ganz überwiegende Anzahl anständiger, korrekter, korrekt arbeitender Journalisten wichtige ethische Grundsätze für die journalistische Tätigkeit gebe, dass Unabhängigkeit für Journalisten ganz wichtig sei. Von vielen Korrespondenten, die hier in Düsseldorf tätig seien, höre man, dass sie bestimmte Tätigkeiten als Auftragsarbeit anderer nicht annehmen würden.

Alle, auch die Regierung, habe die Verantwortung, dass durch zu einseitige und zu häufige Beauftragung bestimmter Journalisten keine Abhängigkeiten entstünden. Das könne, wie es auch der DJV darstelle, regelmäßig im Rahmen parlamentarischer Informationsrechte abgefragt werden. Dies werde sicherlich nicht bei einer einzelnen Moderation im Regelfall der Fall sein, aber es wäre problematisch, wenn eine Regierung dafür Sorge, dass einige wenige Journalisten einen relevanten Teil ihres Einkommens nur durch Regierungsaufträge erhielten. Da gebe es aber sicherlich auch eine Sensibilität des Medienministers, dass das in Nordrhein-Westfalen so hoffentlich nicht der Fall sei.

Deshalb wolle seine Fraktion ausdrücklich keine gesetzliche Regelung, auch keinen Generalverdacht äußern und könne in weiten Teilen gut nachvollziehen, was der DJV aus der berufspraktischen Betrachtung in seiner Stellungnahme als Gründe für eine Ablehnung des Gesetzentwurfs benenne.

Anja von Marenholtz (GRÜNE) schließt sich den Einschätzungen der Vorrednerinnen und Vorredner an. Es sei alles Wesentliche gesagt worden.

Sie unterstreiche, dass sich die Misstrauensgründe gegenüber den Journalistinnen und Journalisten in diesem Land nicht auf monetäre Fragen stützten. Insofern vermute sie, dass das bewusste Stellen dieser diskreditierenden Anträge ein weiterer Faktor sei, warum Menschen in diesem Land den Glauben an gutem Journalismus ein Stück weit immer weiter verlören. Sie sei unsicher, aber es stehe ein bisschen der Verdacht im Raum, dass die AfD das sehr bewusst mache, um diese Quote noch weiter in ihrem Sinne zu erhöhen. Insofern bewege sie sich hier sehr im Intransparenten, was ihre Formulierung angehe. Was sie aber sehr transparent machen wolle, sei, wer solche Sachen in den Raum stelle, solle doch erst einmal vor der eigenen Haustür kehren. Es gebe sehr interessante Dinge im Netz zu lesen über die Frage, wie die AfD sich

finanziere, besonders aus dem Nicht-EU-Raum, wofür ja in diesem Land ganz klare Gesetze gälten. Da finde man viele Widersprüche.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie gegen die Stimme der AfD empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf abzulehnen.

2 Gesetz über die Offenlegung von Parteimitgliedschaften in den Angeboten des Westdeutschen Rundfunks Köln (Parteimitgliedschaften-Offenlegungsgesetz NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/8112

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/8112 an den Ausschuss für Kultur und Medien am 28. Februar 2024)

Dr. Hartmut Beucker (AfD) beantragt eine schriftliche Anhörung.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

Die Einzelheiten, so **Vorsitzende Christina Osei**, würden in der Obleuterunde besprochen. – Der Ausschuss ist damit einverstanden.

3 Fünfter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Medienänderungsstaatsvertrag, 5. MÄStV)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen
Drucksache 18/8498

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/8498 an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – sowie an den Hauptausschuss)

Andrea Stullich (CDU) fragt, ob bereits heute über den Antrag abgestimmt werden könne.

Vorsitzende Christina Osei antwortet, das Votum des Hauptausschuss stehe zwar noch aus, aber es könne trotzdem schon heute abgestimmt werden.

Andrea Stullich (CDU) beantragt, heute über den Antrag abzustimmen.

Ralf Witzel (FDP) tritt dafür ein, heute noch nicht abzustimmen, sondern das Votum des mitberatenden Ausschusses abzuwarten. Das würde auch die Möglichkeit eröffnen, bilateral noch Fragen zu klären. Seines Wissens hätte eine spätere Beschlussfassung keine negativen Auswirkungen. – **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** stimmt dem zu.

Der Ausschuss beschließt, die Abstimmung über den Antrag zu vertagen.

4 „Incels, Alpha-Males & Pick-Up Artists“ – Frauen- und demokratiefeindliche Trends ernstnehmen, Frauen- und Mädchenhass im Netz bekämpfen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/8128

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/8128 an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – federführend – sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien)

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, der federführende Ausschuss beabsichtige die Durchführung einer Anhörung. Der Termin stehe noch nicht fest. Heute müsse über die Beteiligungsart befunden werden.

Anja von Marenholtz (GRÜNE) schlägt vor, sich nachrichtlich an der Anhörung zu beteiligen.

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung im federführenden Ausschuss zu beteiligen.

5 Themis – Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2469

Andreas Bialas (SPD) bedankt sich für den Bericht. Themis sei nach der MeToo-Debatte auf Bundesebene angesetzt worden, um festzustellen, welche Verwerfungen es im Bereich sexueller Gewalt gebe, vor allem auf dem Gebiet der darstellenden Künste. Vor dem Hintergrund sei es wichtig, festzustellen, was diesbezüglich in Nordrhein-Westfalen statfinde und was hier gemacht werden müsse. In diesem Zusammenhang habe bereits der Bühnenverband mitgeteilt, sich auf Zielsetzungen zu einigen und sich des Themas anzunehmen. Nichtsdestotrotz wisse man im Grunde genommen aber nicht, was tatsächlich auch gerade im Bereich des Dunkelfeldes los sei.

Themis habe darum gebeten, Evaluationen vorzunehmen. Dies sei auch geschehen, aber man könne daraus für NRW eigentlich noch nicht so viel ableiten.

Im Bereich der sexualisierten Gewalt, aber auch in jedem anderen Themenfeld, zum Beispiel im Sport, gehe es um Rahmenbedingungen, die im Grunde genommen gegeben seien, beispielsweise hierarchische Verhältnisse, Asymmetrien, Abhängigkeiten, auch Begehrlichkeiten und Wünsche. Die Aufarbeitungskommission habe ja auch das Lagebild Sport gemacht. Es gebe allerdings leider kein Lagebild Kultur. Die Frage sei natürlich, ob man sich darüber verständige, so etwas wie ein Lagebild Kultur zu bekommen.

Er begrüße, dass die Ministerin, mit der er ein Gespräch darüber geführt habe, eine sehr hohe Sensibilität dafür habe, nicht nur im Bereich der Künste in der Form der Aufführung, sondern vor allem auch im Bereich der Lehre, der Wissenschaft, weil es da auch noch mal ganz andere Symmetrien gefährlicher Art gebe.

Er halte es für ein spannendes Feld, wo man versuchen müsse, einen tieferen Einblick zu bekommen.

6 Verschiedenes

a) **Tätigkeitsbericht des Rundfunkdatenschutzbeauftragten, Information 18/110**

Der Ausschuss nimmt den Bericht in Information 18/110 zur Kenntnis.

b) **Zuordnung von Übertragungskapazitäten, Vorlage 18/2467**

Vorsitzende Christina Osei teilt mit, mit der Vorlage 18/2467 sei der Ausschuss über die Zuordnung von Übertragungskapazitäten in der Verbreitungsregion Niederrhein/Duisburg/Essex unterrichtet worden.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage 18/2467 zur Kenntnis.

c) **Bedarfstermin 2. Mai 2024**

Der Ausschuss beschließt, die für den 2. Mai ausgewiesene Bedarfssitzung nicht stattfinden zu lassen.

7 Internationale Kurzfilmtage Oberhausen *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2466

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) teilt mit, da Staatssekretärin Türkeli-Dehnert die Landesregierung am 1. Mai bei den Oberhausener Kurzfilmtagen vertreten werde, sei sie genau die Richtige, um zu diesem TOP für die Landesregierung zu sprechen.

Yvonne Gebauer (FDP) bedankt sich für den Bericht. Allen sollte die Dramatik bekannt sein, die damit einhergehe. Es handele sich bei den Oberhausener Kurzfilmtagen nicht um ein kleines Festival und auch nicht um ein Festival, das es erst seit gestern gebe, sondern das schon über Jahre bzw. Jahrzehnte Bestand habe.

Wie der Vorlage zu entnehmen sei, hätten aufgrund eines Boykottaufrufs von den 100 geplanten Programmen 20 abgesagt werden müssen. Das schmerze natürlich nicht nur den Veranstalter, sondern darunter leide die gesamte Veranstaltung im Besonderen.

Sie interessiere, inwieweit die Landesregierung im engen Austausch mit Herrn Gass, dem Leiter der Kurzfilmtage in Oberhausen, sei und welche aktuellen Entwicklungen es gebe.

Laut Vorlage sei zu Beginn des Jahres eine Stabsstelle eingerichtet worden. Auch hierzu erbitte sie nähere Ausführungen.

Des Weiteren interessiere sie, wie die Landesregierung die Kurzfilmtage bis zur offiziellen Eröffnung am 1. Mai unter diesen schwierigen Bedingungen begleiten werde.

Andreas Bialas (SPD) sagt, dieser Fall zeige, dass man sich nicht in irgendeinem theoretischen Gebilde befinde, sondern in einer ganz realen Situation, die sich derzeit bei den entsprechenden Kunstdarstellungen zeige. Es sei ganz entscheidend, dort nicht nur mit irgendwelchen Regularien vorgefertigter Art hineinzugehen, sondern vor allen Dingen mit Haltungen.

Wenn man im Kulturpolitischen, aber auch im Künstlerischen unterwegs sei, dann habe man häufig die Hoffnung, gesellschaftspolitische Themen, politische Themen, insgesamt auch Sachen zu erarbeiten, zu besprechen, auszuhandeln. Nun habe man ein gesellschaftspolitisches Thema. Das passe einem aber nicht so ganz, weil es eine Brisanz aufweise und möglicherweise einen auch zerreißen könne, das aber auf jeden Fall zu Herausforderungen führe und dazu, in eine Auseinandersetzung zu gehen, die vielleicht nicht immer schön sei. Deswegen sei es an der Stelle immens wichtig, Haltung zu zeigen, denn man werde nicht alles, was im Nachfeld passiere, im Vorfeld verhindern können. Da könne es natürlich dumm sein, an der falschen Stelle zu klatschen, gar nichts zu sagen oder eine bestimmte Position einzunehmen.

Es sei schwierig, aber da müsse man jetzt durch. Dementsprechend wünsche er den dort Handelnden eine glückliche Hand und viel Kraft. Denn das, was dort gemacht

worden sei im Vorfeld eines Leiters, könne man beschreiben, wie man wolle, er halte das aber nicht für verwerflich, um es mal höflich zu sagen, wiewohl man sich da noch mal überlegen müsse, wie entsprechende Gegenreaktionen aussehen könnten oder tatsächlich auch seien, die man an der einen oder anderen Stelle zwar nicht gut finden, aber möglicherweise aushalten müsse.

Tim Achtermeyer (GRÜNE) bedankt sich bei der FDP für den Berichtswunsch, weil er es für richtig halte, dies im Ausschuss zu thematisieren, zu diskutieren, ohne immer direkt einen Antrag zu haben, über den dann abgestimmt werden müsse.

Es handele sich um eine Thematik, wo die Schwierigkeit darin liege, auf der einen Seite deutlich zu machen, mit wem man solidarisch sei, und auf der anderen Seite mit Fingerspitzengefühl vorzugehen, dass nicht suggeriert werde, dass ein Meinungskorridor nicht zugelassen werde.

Er sehe es ähnlich wie Herr Bialas, dass man ein Stück weiter Diskurse aushalten müsse, die wirklich unappetitlich seien. Bei dem, was zum Beispiel Priest of Palestine dargestellt habe, fasse er sich oftmals nicht nur einmal an den Kopf, aber das gehöre eben dazu. Dazu gehöre aber auch, dass man als Fraktion, als Partei, als Ministerium und auch als Festivalleitung klar Flagge zeige und einen klaren Standpunkt setze.

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) trägt vor:

Die Internationalen Kurzfilmtage in Oberhausen sind in der Tat eine wichtige Veranstaltung, die einen festen Platz im Kulturkalender des Landes Nordrhein-Westfalen hat und nicht erst seit gestern. Bis heute ist das Festival weltweit eine der wichtigsten Veranstaltungen in dem Bereich. Vor allem bei den Kurzfilmen genießt es auch international einen hervorragenden Ruf und ist auch Taktgeber für filmkünstlerische Entwicklungen in dem Bereich.

Als Land unterstützen wir die Kurzfilmtage schon seit Jahrzehnten, auch finanziell, in diesem Jahr mit 400.000 Euro. Umso betrüblicher ist natürlich ein anonymer Boykottaufruf. Der ist anonym, der ist im Netz und richtet sich gegen eine Person. Das ist für die Person sehr schwierig, das ist aber auch für das ganze Festival natürlich eine riesige Herausforderung.

Als Landesregierung treten wir jeder Form von Antisemitismus und auch der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Deswegen verurteilen wir natürlich diesen Boykottaufruf aufs Schärfste.

Unsere Solidarität drückt sich auf verschiedenen Ebenen aus, zum einen durch die Förderung und durch die Klarstellung der Förderung, dass wir auch weiterhin die Kurzfilmtage in Oberhausen weiter fördern wollen, egal, was da an E-Mails oder welche Dinge auch immer bei uns aufschlagen.

Sie haben nach dem Gesprächsfaden zu den Kurzfilmtagen auf Arbeitsebene gefragt. Ich schaue jetzt mal zu meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich weiß, dass es da einen engen Draht gibt, einen engen Austausch gibt. Es ist auch nicht ungewöhnlich, dass sich, wenn so etwas passiert, die Kultur- und Kunstschaffenden

bei uns im Ministerium direkt melden. Wir versuchen dann, den Sachverhalt aufzuklären, und schauen, wie wir unterstützen können.

Sie wissen, seit dem 7. Oktober hat sich sehr viel verändert, auch für die Ministerien, wie man agiert, wie man auf solche Dinge reagiert, und das nicht nur im Kulturbereich. Ich hatte eigentlich am 1. Mai sozusagen andere Pläne, aber ich habe umdisponiert, um am 1. Mai da sein zu können, weil ich es sehr wichtig finde, dort vor Ort die Solidarität zum Ausdruck zu bringen, zumal ja auch mit Gegenreaktionen gerechnet werden muss. Ich finde es wichtig, dass die Landesregierung dort Gesicht zeigt und sich solidarisiert, und das wird auch passieren.

Die Kunstfreiheit gehört zu den elementaren Prinzipien unseres Grundgesetzes und ist natürlich eine Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Deswegen ist auch die Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit für uns eine Verpflichtung als Staat.

Es muss daher sichergestellt werden, dass zum Beispiel öffentliche Gelder nicht dazu missbraucht werden, antisemitische, rassistische und menschenfeindliche Kunst- und Kulturprojekte zu finanzieren. Genauso muss aber auch gewährleistet sein, dass offensiv vertretende antisemitische und rassistische Positionen nicht den Fortbestand und die inhaltliche Ausrichtung von Kurzfilmtagen oder Kulturveranstaltungen bestimmen dürfen. Hier haben die Kulturministerkonferenz – dazu komme ich unter TOP 10 –, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und die kommunalen Spitzenverbände eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der gemeinsame Strategien gegen Antisemitismus und menschenverachtende Inhalte im öffentlich geförderten Kulturbetrieb vereinbart wurden. Darauf werde ich gleich im Detail eingehen.

Was haben wir seit dem 7. Oktober gemacht? Wie Herr Bialas schon sagte, das Problem in dem Bereich betrifft nicht nur Kultur, sondern auch Wissenschaft und andere Bereiche. Wir haben eine Stabsstelle eingerichtet, die sich dieses Thema annimmt, wie man mit diesen Einzelfällen umgeht. Es ist ja jedes Mal ein Einzelfall. Man muss genau schauen, was die Mechanismen dahinter sind, was es für gesetzliche Grundlagen gibt, was man eigentlich tun kann. Die Stabsstelle bündelt diese Informationen bei uns im Haus, sie bündelt sie abteilungsübergreifend, also ob die Kultur oder der Hochschulbereich betroffen ist. Wir schauen uns das ganz genau an. Diese Stabsstelle dient als Unterstützung im Bereich der Antisemitismusprävention und hilft uns bei der Erarbeitung zum Beispiel der nächsten Schritte. Unter TOP 9 werde ich Ihnen das schildern. Es ist auch eine Art Anlaufstelle für viele, egal, ob im Kulturbereich oder in anderen Bereichen in diesem Themenfeld. Da können Sie sicher sein, dass wir uns wirklich sehr intensiv mit dieser Thematik beschäftigen und auch keine Gelegenheit auslassen, unsere Solidarität kundzutun.

Heike Wermer (CDU) bedankt sich bei der Staatssekretärin für die klare und deutliche Darstellung, wie sich die Landesregierung in diesem Sachverhalt verhalten werde.

Sie schließe sich den Äußerungen von Herrn Bialas und Herrn Achtermeyer an. Auch sie finde es gut, dass man sich im Ausschuss damit konkret beschäftige, dass man

sich nicht nur mit irgendwelchen schönen Pamphleten schmücke, sondern sich wirklich detailliert mit konkreten Vorfällen auseinandersetze und darauf hinweise, dass die Kulturszene vielschichtig, vielfältig sei, zum Glück oftmals bereichernd, aber dass leider immer noch sehr viele negative Punkte zutage treten könnten. Da sei die Haltung der Politik gefragt.

Sie bedanke sich daher bei der Landesregierung, dass die Haltung klar und deutlich sei, dass man dem Festival den Rücken stärke. Sie wünsche dem Festival viel Erfolg und auch weiterhin Glück.

Yvonne Gebauer (FDP) betont, sie finde alles gut und richtig, aber dem Festival viel Glück zu wünschen, werde nicht ausreichen. Jeder, der Kulturpolitik betreibe, müsse sich verantwortlich dafür fühlen, dass Dinge gelängen. Da solche Veranstaltungen seitens des Landes gefördert würden, sollten alle ein Interesse daran haben, dass solche in diesem Falle Festivals gut funktionierten.

Bei dem in Rede stehenden Fall sollten alle Farbe bekennen und Herrn Gass als Leiter mit der Anwesenheit der Politik so oft wie möglich unterstützen. Wenn man mit Herrn Gass spreche, merke man, was diese Anfeindungen in dieser Massivität mit einem machten. Das betreffe nicht nur das Festival, sondern auch die Personen. Das sei schon eine Neuerung, die man hier leider erleben müsse. Wenn man wisse, was Grundlage gewesen sei und was sich daraus ergeben habe, dann dürfe man sich nicht dem Trugschluss hingeben, dass das eine einmalige Sache gewesen sei und bleibe. Umso wichtiger sei es, dass sich alle dieses Themas nachhaltig annähmen. Das Schlimmste, was passieren könne, sei, dass die wenigen Lauten jetzt über die vielen Leisen gewöhnen und dann solche Veranstaltungen so massiv gestört würden, dass Schlimmstenfalls dann derjenige, der es zu verantworten habe, irgendwann sage, er könne nicht mehr. Auch das müsse mit berücksichtigt werden.

Deswegen sei es umso wichtiger, dass man nicht nur seitens der Landesregierung dort klare Haltung zeige, sondern auch als Kulturpolitik fraktionsübergreifend, um deutlich zu machen, dass man es nicht hinnehme, dass hier nicht nur ein Festival, sondern auch ein Festivalleiter derart unter Druck gesetzt werde.

Kultur sei vielfältig und müsse auch manches aushalten, aber wenn es darum gehe, Menschen derart verachtend niederzumachen, dann habe man eine Verantwortung.

Vorsitzende Christina Osei bedankt sich bei Frau Gebauer für ihren Aufruf und Appell.

8 Ruhrtriennale – internationales Festival der Künste in der Metropole Ruhr

Vorstellung und Gespräch mit dem Intendanten Herrn Ivo van Hove und der Geschäftsführerin der Kultur Ruhr GmbH, Frau Dr. Battis-Reese

Vorsitzende Christina Osei: Ich freue mich ganz besonders, heute hier den neuen Intendanten der Ruhrtriennale, Herrn Ivo van Hove, sowie die Geschäftsführerin der Kultur Ruhr GmbH, Frau Dr. Vera Battis-Reese, zu begrüßen.

Die Programmhefte liegen am Eingang. Sie sind alle aufgefordert, sich hinterher ein Programmheft mitzunehmen und auszuwählen, was Sie sich anschauen werden.

Herr van Hove, Sie haben das Wort.

Ivo van Hove (Intendant Ruhrtriennale): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Damen und Herren! Für mich ist die Ruhrtriennale etwas Besonderes. Ich habe eine enge Verbindung mit dem Festival schon seit 2002, als Gerard Mortier der erste Intendant der Ruhrtriennale war. Damals war ich Besucher. Nachher habe ich fünf Inszenierungen gemacht, eine unter Marie Zimmermann, eine bei Willy Decker und drei für Johan Simons.

Die Intendanz der Ruhrtriennale ist für mich aber auch eine Rückkehr zu meinen Wurzeln. Als ich 22 Jahre alt war, wollte ich auf keinen Fall in einem Theater spielen. Es war eine Zeit, wo das Theater in Belgien sehr altmodisch war und es eigentlich nur schlimme Importe aus England gab. Wir haben damals in dem verlassenen Hafen von Antwerpen gespielt, in einer leeren Wäscherei und sogar bei Menschen zu Hause.

In meinen Gesprächen mit Regisseuren während meiner Vorbereitungszeit habe ich immer gespürt, wie inspirierend es ist und was für eine künstlerische Herausforderung es ist, eine Produktion für diese monumentalen Hallen zu entwickeln. Wenn man die Hallen nicht ignoriert, sondern zelebriert, sind sie ein wunderbares Gottesgeschenk.

Das Motto der Ruhrtriennale ist „Longing for Tomorrow“, Sehnsucht nach morgen. Man kann nicht nur Sehnsucht nach der Vergangenheit haben, sondern auch nach der Zukunft.

Im Mittelpunkt der Ruhrtriennale steht für mich das Musiktheater, aber neben dem klassischen Musiktheater auch mit Pop- und Rockmusik. Und auch das Theater und der Tanz bleiben zentral. Die meisten Inszenierungen werden spartenübergreifend sein.

Die Themen der Stücke sind wichtig und notwendig. Sie behandeln die großen Themen unserer Zeit. Ich glaube, da gibt es drei wirklich wichtige, nämlich die Identitätsfrage, die Identitätspolitik, dass man sich selber realisieren kann oder will, die Akzeptanz von Gewalt – mehr und mehr leider ein legitimes Mittel, um ein Ziel zu erreichen – und unser Verhältnis zur Natur.

Das Festival hat einen kürzeren Zeitraum als sonst, viereineinhalb Wochen statt sechs. Aber das heißt nicht, dass es weniger Programm gibt. Das Programm ist verdichtet

und fängt an den Wochenenden schon mittags an. Dadurch soll ein intensives Festivalgefühl vom ersten bis zum letzten Wochenende entstehen mit zwei bis drei großen Premieren jede Woche.

Unser Ziel ist, mit dem Programm unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen und auch teilweise ein neues Publikum für das Festival zu gewinnen.

Parallel zum Programm gibt es eine breite Palette von Workshops, Outreach-Projekten, auch für Kinder, kleine Kinder – es fängt bei neun Jahren an –, Teenager, Familien und Studenten. Es gibt Events mit freiem Eintritt, Workshops und barrierefreie Angebote für Menschen mit Einschränkungen.

Man darf nicht vergessen, dass in dem Wort „Festival“ das Wort „Fest“ steckt. Ein Festival soll auch ein Fest sein.

Ich möchte nun ein paar Kernprojekte oder mögliche Höhepunkte des Festival – das weiß man natürlich nie – beschreiben.

Es fängt an mit einer Inszenierung, die ich mache, nämlich die Eröffnungsvorstellung. Die heißt: „I Want Absolute Beauty“. Das wird in der Jahrhunderthalle stattfinden. Basierend auf den Songs aus dem gesamten Katalog von PJ Harvey haben wir eine Handlung entwickelt über eine Frau auf ihrer Lebensreise. PJ Harvey ist eine weltberühmte und einflussreiche alternative Rockmusikerin. Ihre Musik ist immer aus dem Herzen geschrieben, komponiert und gesungen. Es geht um eine Frau, die sich gefangen fühlt von sozialen Erwartungen und so schnell wie möglich ihrer Heimat entfliehen möchte, um sich selbst vollständig zu verwirklichen. Aber es gibt in den Liedern von PJ Harvey nicht nur den Blick nach innen, sondern auch den Blick nach außen, das wachsende Bewusstsein für eine Welt voller Spannungen und Krieg.

„I Want Absolute Beauty“ ist eine Achterbahn von Gefühlen, Begegnungen, Enttäuschungen, Alpträumen und Träumen, die wirklich wahr werden. Es zeigt, wie man Hindernisse überwindet, daran wächst und schließlich akzeptiert, dass man das Leben nur so nehmen kann, wie es kommt, und dass es sich wirklich gut anfühlen kann.

Es ist ein Versuch, ein neues Format von Musiktheater zu entwickeln, basierend auf Pop- und Rockmusik, denn auch diese Musik behandelt sehr wichtige Themen, Geschichten und soziale Situationen. Darüber hinaus haben solche Produktionen das Potenzial, neues Publikum anzulocken, Leute, die noch nie die Ruhrtriennale besucht haben und vielleicht die Besucher der Zukunft werden.

Ich bin auch froh, dass Sandra Hüller die Hauptrolle singt und spielt. Sie ist eine phänomenale Schauspielerin, oscarominiert, eine Naturgewalt auf der Bühne.

Ganz wichtig wird auch Tanz in dieser Vorstellung sein. Wir arbeiten mit einer Gruppe, die mittlerweile zur Spitze der Tanzwelt gehört: (LA)HORDE aus Marseille. Unter anderem haben sie die Welttournee von Madonna choreografiert.

Zweite Vorstellung, auch Musiktheater: „The Faggots and Their Friends Between Revolutions“, Musiktheater mit der Musik von dem Engländer Philip Venables, inszeniert von Ted Huffman aus New York, Amerika. Das Stück basiert auf dem Kultbuch mit dem gleichen Titel von Larry Mitchell aus dem Jahr 1977 und handelt von der Erfahrung des Autors mit dem queeren Gemeinschaftsleben an einem Ort, wo sie das

tyrannische Patriarchat verspotten und ihre Revolution für ein friedliches Zusammenleben planen. Ihre Solidarität gibt ihnen Kraft, ihre Unterdrücker zu ertragen und zu überwältigen.

Schön und wichtig auch heutzutage ist, glaube ich, dass es hier um eine sanfte Revolution geht, eine Revolution ohne Gewalt. Das ist besonders wichtig, weil in unserer Welt immer mehr Gewalt ein legitimes Mittel ist, um etwas zu erreichen.

Schön und wichtig ist auch, wie Ted Huffman das alles im Musiktheater umsetzt, das wie improvisiert aussieht. Auch die Musik scheint vor Ort zu entstehen und erfunden zu werden. Es ist eine Ode an die Gewaltlosigkeit.

Die dritte Musiktheatervorstellung lautet „Abendzauber“. Bruckner sah die Natur ganz im Geiste der Romantik. Sie galt als Widerspiegelung innerer menschlicher Befindlichkeiten. Doch was sagt der Zustand der Natur über uns im Zeitalter radikaler Klimaveränderungen und Naturkatastrophen aus? Die isländische zeitgenössische Künstlerin Björk gibt der Natur eine Stimme in ihren Songs. In Zusammenarbeit mit Chorwerk Ruhr bringen wir zwei unterschiedliche Musikstile, die von Bruckner und Björk, zusammen, um drängenden Fragen unserer Zeit nachzugehen. Die Chorwerke von Bruckner werden mit Songs von Björk kombiniert und von Chorwerk Ruhr a cappella gesungen.

„Abendzauber“ ist eine begehbare Installation in der Mischanlage Essen. Diese Kreation eröffnet einen Dialog mit der Vergangenheit und der Architektur dieses Ortes. Das Publikum durchwandert das Gebäude und erlebt auf jeder Ebene den A-cappella-Klang von 24 Sängerinnen und Sängern vom Chorwerk Ruhr.

Und dann die letzte Musiktheatervorstellung: „Pferd frisst Hut“. Diese Produktion kann man als das erste deutsche Slapstick-Operetten-Musical bezeichnen. Es gibt nur einen Komponisten, der dieses Spektrum umfassen kann: der Bochumer Herbert Grönemeyer. Er hat für „Pferd frisst Hut“ 16 neue Lieder für Orchester und Schauspielensemble komponiert. Nach der Premiere in Basel letztes Jahr wurde Grönemeyer von der Presse als der „Rossini unserer Zeit“ gepriesen. Und tatsächlich gelang es ihm, mit liebevoller Ironie auf die menschliche Natur zu blicken, ganz wie der Meister der italienischen Opernkomödie Rossini. Die Vorlage lieferte Eugène Labiche und sein Boulevardstück „Ein Florentinerhut“. Herbert Fritsch führt Regie, und es spielen live die Bochumer Symphoniker. Expecten Sie eine Reihe klassischer Slapstick-Szenen, oft zotige Dialoge, hervorragende Darsteller*innen, Charme der Grönemeyer-Musik und viel Spaß.

„Bérénice“, Theater. Was bedeutet eine Tragödie heute? Das ist für Regisseur Romeo Castellucci die Kernfrage bei „Bérénice“. Sie können von ihm eine radikale zeitgenössische Bearbeitung von diesem großen Klassiker erwarten, eine optisch und akustisch berauschte Vorstellung, die wie ein langsamer Liebestod ist. Auf der Bühne ist nur eine Schauspielerin, aber eine der allergrößten unserer Zeit: Film- und Theaterikone Isabelle Huppert. Wegen persönlicher Gründe gibt es eine kleine Veränderung in den Daten. Das wird am 26., 27. und 29. sein; das steht nicht gut in dem Buch.

Tanz, aber spezieller Tanz. Anne Teresa de Keersmaeker ist mittlerweile eine der wichtigsten Choreografinnen der Welt. Aber sie sucht noch immer nach neuen Arten, ihren Tanz zu entwickeln. Seit einigen Jahren hat sie ein neues Format entwickelt und

macht Projekte, bei denen Tänzer*innen in Museen tanzen und so eine enge Verbindung zwischen Tanz, Bewegung und Malereien entsteht.

Die Frage ist einfach: Kann Choreografie in Form einer Ausstellung aufgeführt werden? Nach unter anderem dem MoMA in New York und dem Louvre in Paris macht sie jetzt ein Projekt im Zusammenhang mit der Museumsammlung des Museums Folkwang. Für jedes Museum entwickelt sie eine völlig neue Choreografie.

Der Titel für das Projekt im Museum Folkwang lautet: „Why?“, warum, inspiriert von dem weltbekannten Satz von Hamlet: „To be or not to be“, sein oder nicht sein. Es geht also um existenzielle Fragen über das Leben heute und in der Zukunft. Und ganz speziell wird sie das Verhältnis von figurativer und abstrakter Kunst untersuchen. Édouard Manet trifft auf Barnett Newman, Caspar David Friedrich trifft auf Rothko. Das Projekt ist eine Produktion zusammen mit dem Folkwang Museum und wird nur bei uns in der Ruhrtriennale zu sehen sein.

Die Junge Triennale möchte dem jungen Publikum ermöglichen, individuelle Erlebnisse mit der Ruhrtriennale zu machen, aus denen lebendige Erinnerungen resultieren. Uns ist wichtig, dass man mit der Ruhrtriennale von Klein auf bis zum Erwachsenenalter mitwachsen kann: partizipativ, aktiv und gestaltend. Diese Begegnungen mit künstlerischen Inhalten des Festivals sind auf die jeweiligen Altersgruppen zugeschnitten. Und so haben wir neben der schulischen Arbeit, die eine Grundsäule der Jungen Triennale darstellt, im außerschulischen Bereich folgende partizipative Formate entwickelt:

Die Sonntage der Ruhrtriennale werden erlebnisreiche Familiennachmittage. Denn in unserem neuen Format „Happy Sundays“ können Eltern und Kinder im Grundschulalter parallel Inszenierungen erleben. Während sich die Erwachsenen eine Aufführung ansehen, in der Jahrhunderthalle oder so, nehmen die Kinder zeitgleich an einem Workshop teil, in denen ausgewählte Themen der Vorstellungen altersgerecht und spielerisch erkundet werden. Das Besondere daran ist, dass die gesamte Familie nachher darüber sprechen kann.

Triennale Teens Talk. Einen Satz, wie „Das sehe ich anders“, hat jeder und jede von uns – sicher hier auch – schon einmal gehört oder selbst artikuliert. Eine andere Perspektive einzunehmen und diese zu verhandeln, ist nicht immer leicht, aber wichtig für unser Zusammenleben. Und so werden Jugendliche aus dem Ruhrgebiet rund um Vorstellungen und deren Themen kreative, unerwartete und spielerische Gesprächsformate entwickeln, die sie anschließend mit den Besucher*innen anwenden. Unterstützt werden sie dabei von der Geheimen Dramaturgischen Gesellschaft, die seit zehn Jahren als professionelle Gesprächsanstifter*innen unterwegs sind.

Und das Letzte, was ich sagen möchte, ist: Ein wichtiger neuer Aspekt des Festivals ist Arbeit mit Communities, soziale Gruppen, die bisher wenig oder gar nicht im Festival präsent waren. Mit lokalen Akteur*innen werden künstlerische Projekte entwickelt. Die münden in eine Vorstellung, die in diesem Jahr unter dem Titel „Unlocking Paradise“, das Paradies entfesseln, auf PACT Zollverein stattfinden. Die drei beteiligten Gruppen sind dieses Jahr Romano Than, eine Sintizze-Rominja-Tanzgruppe von Kindern und Jugendlichen aus Dortmund, geleitet von Elena Preduca, Orpheus XXI, ein internationaler Chor mit Wurzeln in Nahost, geleitet vom syrischen Sänger und Dirigent

Rebal Alkhodari, und The Remains, eine transgenerationale Theatergruppe, geleitet von Miriam Michel. Diese drei Gruppen begeben sich auf eine gemeinsame Reise und erschaffen einen assoziativen Theaterabend, bei dem ich selbst die Endregie führe. Es geht bei „Unlocking Paradise“ um die Erschaffung neuer kleiner Paradiese, kleiner Utopien, die uns in dieser dunklen Zeit Licht und Hoffnung schenken kann.

Und natürlich gibt es auch ein Festivalzentrum. Das wird „Wunderland“ heißen.

Das war's!

Vorsitzende Christina Osei: Vielen Dank, Herr van Hove, für diese wunderbare Vorstellung. – Frau Dr. Battis-Reese.

Dr. Vera Battis-Reese (Kultur Ruhr GmbH): Ich möchte als Erstes sagen, dass wir uns sehr über diese Einladung zu Ihnen heute freuen. Das ist eigentlich das Wichtigste, was wir vorwegschicken wollen. All das, was Herr van Hove gerade sehr eindrucksvoll geschildert hat, wäre natürlich ohne Sie nicht möglich. Sie unterstützen uns seit über 20 Jahren. Dafür möchten wir erst einmal ganz herzlich im Namen aller Beteiligten Danke sagen, natürlich auch im Namen unseres Publikums, Groß und Klein – Sie haben es gehört, wir haben für jeden etwas dabei –, das von nah und fern kommt und sich seit Montag um die Karten kloppt, so würde ich das mal formulieren. Wir haben am Montag unsere Programmpressekonferenz gehabt, haben dieses Programm vorgestellt. Das nennt sich dann „Vorverkauf“. Es gibt jetzt schon ganz viele Vorstellungen, die ausverkauft sind. Die Leute reißen uns die Karten aus den Händen. Also, es ist eine ganz große Sehnsucht, die da offensichtlich berührt wurde.

Ich habe Ihnen auch 20.000 Seiten Marketing und was weiß ich alles mitgebracht. Ich glaube, das schenke ich mir angesichts der fortgeschrittenen Zeit und vor allen Dingen angesichts dieses schlagenden Erfolges, den wir jetzt schon spüren. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben ganz viele großartige Uraufführungen, Erstaufführungen, europäische Erstaufführungen. Wir haben viele tolle internationale Co-Produktionen. Da bringt Herr van Hove einfach auch sein internationales Netzwerk ein, wo wir wirklich mit den besten und interessantesten Künstlern von nah und fern arbeiten können, eben aber auch mit ganz vielen Leuten aus der Region, was, glaube ich, auch ganz wichtig ist und wir angehen müssen, dass man eben jenseits der etablierten Leute, die immer zu uns kommen, einfach auch neue Zielgruppen anspricht.

Was auch ganz wichtig ist, sind die freien Formate, dass wir eben versuchen, Hemmschwellen abzubauen, indem wir die Türen offen machen, dass man sagt, man muss sich nicht schick machen, man kann einfach kommen. Also, wir haben ganz viele Angebote, die es leicht machen, zu diesem Fest der Künste zu kommen.

Wir haben im Moment rund 40.000 Karten im Verkauf. Wir versuchen jetzt schon, Zusatzvorstellungen hinzukriegen. Das ist immer etwas schwierig, denn so Damen wie Frau Hüller und Frau Huppert sind etwas schwierig zu kriegen. Drücken Sie uns die Daumen, dass wir vielleicht noch die eine oder andere Geschichte dazu kriegen. Vor allen Dingen: Gucken Sie in das Programm und melden Sie sich rechtzeitig. Es fühlt sich so an, als wäre es übermorgen, aber es dauert ja noch ein bisschen.

Ich glaube, mehr brauche ich heute nicht hinzuzufügen.

Vorsitzende Christina Osei: Ich danke auch Ihnen, Frau Dr. Battis-Reese, für diese wirklich wertschätzenden Worte. – Ich habe jetzt Herrn Achtermeyer auf meiner Liste.

Tim Achtermeyer (GRÜNE): Vielen Dank, Herr van Hove, Frau Dr. Battis-Reese, für die Worte. Ich fand Ihre Äußerungen, allein die schriftlichen Äußerungen schon besonders inspirierend. Ich nehme an, Frau Dr. Battis-Reese, dass Ihre mindestens genauso inspirierend waren. In der Landtagssprache bittet man als Abgeordneter um den Sprechzettel der Minister*innen, um sozusagen das Manuskript zu bekommen.

Die erste Frage, die ich hatte, war, wie man es schafft, bei diesen drei Themen den Spaß zu generieren. Die Frage habe ich nach Ihren Äußerungen wieder durchgestrichen.

Die zweite Frage, die ich aber habe, ist: Die drei Themen haben ja auch etwas mit Verletzlichkeit zu tun. Der Umgang mit der Natur, die Naturgewalten zu spüren, die eigene Identität in einer Welt zu spüren, die sehr dynamisch ist, und die Verletzlichkeit bei Gewalt sind ja alles drei Themen, die am Ende damit enden können, dass man als Mensch die eigene Verletzlichkeit spürt. Wie Sie es schaffen, die Menschen am Ende eines Stückes wieder zu entlassen und mit Kraft aus der Veranstaltung herauszubekommen, das wäre eine Frage, die ich habe.

Sie haben gerade die Debatte um das Thema „Antisemitismus, BDS“ bekommen. Damit hat ja auch die Ruhrtriennale eine Vergangenheit. Da wäre meine Frage, wie man sich da jetzt aufstellt, um zu versuchen, das zu verhindern, denn man muss ja antizipieren, dass es wieder Bewegungen aus der BDS-Bewegung geben könnte. Da wäre einfach nur die Frage, wie Sie sich aufstellen.

Ansonsten herzlichen Dank, ganz viel Erfolg und Toi, toi, toi für das Festival. Wir werden uns auch bemühen, Karten zu bekommen.

Ivo van Hove (Intendant Ruhrtriennale): Eigentlich zeigt das schon das Motto. Im Moment ist es wichtig, dass wir den Leuten, die ins Theater oder in eine Oper gehen, zeigen, dass es eine Hoffnung gibt. „Sehnsucht nach morgen“ bedeutet, dass man sich nicht nur mit den verlorenen Paradiesen beschäftigen muss, sondern auch eine Suche machen muss nach den neuen Paradiesen, die man noch nicht kennt. Das wird in sehr vielen Vorstellungen zu sehen sein, diese Hoffnung nach der Zukunft.

Für mich persönlich als Intendant in dieser Verantwortlichkeit ist ganz klar, dass es für Antisemitismus kein Platz gibt. Was am 7. Oktober geschehen ist, ist grundsätzlich und bedingungslos ein Act of Terror. Das ist total zu verurteilen. Für Antisemitismus oder Rassismus ist kein Platz auf der Welt. Ich glaube nicht, dass Gewalt das wirklich lösen kann. Es gibt für mich ein Existenzrecht für Israel und auch das Existenzrecht für die Palästinenser*innen. Ich hoffe, dass sie beide einen Weg finden, um in Frieden zusammenzuleben.

Andreas Bialas (SPD): Ich darf mich eigentlich dreimal bedanken. Das erste Mal bedanke ich mich dafür, dass ich Sie verstehen konnte, auch inhaltlich. Das ist mir nicht

immer so gegangen. Die Intendant*innen der Ruhrtriennale stellen sich ja regelmäßig bei uns vor.

Das Zweite ist: Jenseits von inhaltlichen Belanglosigkeiten gehen Sie solche unfassbaren Dinge an wie Hoffnung und Freude und Spaß, und das mit den Mitteln der Ästhetik. Herzlichen Dank.

Ich glaube, es ist in der Tat so, wir müssen uns mit schwierigen Dingen beschäftigen, aber wir müssen es nicht so machen, dass wir vergessen, dass es auch etwas gibt wie Freude, Zuversicht. Auch das ist eine Aufgabe von Kunst und auch dann der Kunstdarstellung.

Der dritte Dank ist für das, was Sie expressis verbis gesagt haben. Ich fand, das war ein sehr schöner Kontrapunkt zu den letzten Jahren, nämlich Leben kann sich gut anfühlen.

Ich freue mich auf dieses Festival und wünsche Ihnen und uns damit viel Erfolg.

Heike Wermer (CDU): Eigentlich haben die Kollegen vor mir schon alles gesagt, aber trotzdem, glaube ich, kann man an dieser Stelle nicht genug loben. Sie haben auf jeden Fall sehr viel Vorfreude auf das Festival in uns allen ausgelöst. Ich finde auch die thematischen Schwerpunkte genau richtig gesetzt, also wirklich am Puls der Zeit. Dementsprechend freue ich mich auf die Inszenierungen und wünsche uns allen und vor allen Dingen Ihnen eine erfolgreiche Saison und natürlich auch eine gute Zusammenarbeit in den nächsten drei Jahren.

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW): Nun ganz kurz: Auch im Namen der Landesregierung vielen Dank für dieses tolle Programm. Ich habe das Glück, dass ich bei der Eröffnung dabei sein darf und mir selber ein Bild machen kann. Ich freue mich schon sehr darauf, auch wenn das noch lange hin ist. Vielen Dank für Ihren Einsatz. Vielen Dank, dass Sie hier sind und diese wichtige Aufgabe übernommen haben.

Vorsitzende Christina Osei: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe mich dem Dank an, dass Sie uns heute das Programm vorgestellt haben.

9 Gesicherte Förderung für thematisches Jugendtheater

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6387

Ausschussprotokoll 18/491

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/6387 an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend)

Vorsitzende Christina Osei leitet ein, der zur Mitberatung aufgerufene Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend habe seine Beratung mit dem Verzicht auf die Abgabe eines Votums beendet.

Heute werde die Anhörung ausgewertet.

Andreas Bialas (SPD) bittet darum, den Punkt zu vertagen, um zu versuchen, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung über den Antrag zu vertagen.

10 Aktueller Stand der Diskussion zu einer Antisemitismusklausel in der Kunst- und Kulturförderung (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) trägt vor:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit dem Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 nehmen wir zunehmend antisemitische Äußerungen und Angriffe wahr. Dem müssen wir entschieden entgegentreten und gemeinsam ein klares Zeichen gegen jede Form diskriminierenden Verhaltens setzen.

Angesichts dieser aktuellen Entwicklung haben sich, wie ich das bereits gesagt hatte, die Kulturministerkonferenz, BKM sowie die kommunalen Spitzenverbände am 13. März 2023 auf eine Gemeinsame Erklärung verständigt. Damit machen wir deutlich, dass Antisemitismus, aber auch jede andere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im öffentlich geförderten Kulturbetrieb keinen Platz hat.

Wir müssen gemeinsam sicherstellen, dass öffentliche Gelder nicht dazu verwendet werden, diskriminierenden Positionen eine Plattform zu geben.

Wir bewegen uns hier in einem Spannungsfeld zwischen der Wahrung der Kunstfreiheit auf der einen und der Verpflichtung und Verantwortung des Staates, antisemitische und andere menschenverachtende Inhalte zu verhindern, auf der anderen Seite.

Die Erklärung spricht sich daher zwar klar gegen eine Gesinnungsprüfung aus, macht aber gleichzeitig deutlich, dass es Regelungen und Mechanismen braucht, diesem Spannungsfeld gerecht zu werden.

Mit der Erklärung werden für das weitere Vorgehen folgende Eckpunkte festgelegt:

Erstens: Förderbedingungen präzisieren. Hier liegen bereits Gutachten aus Berlin und Schleswig-Holstein vor, die zeitnah im Rahmen einer Länder-AG ausgewertet werden. Auf dieser Grundlage sollen Länder, Bund und Kommunen rechtssichere Regelungen erarbeiten.

Zweitens: Sensibilisierung sicherstellen. Es braucht Fortbildungen und Workshops für Kulturverwaltungen und -einrichtungen zum Umgang mit Antisemitismus. Wie genau das aussehen kann, werden wir in den kommenden Wochen im MKW erörtern. Mit den Erfahrungen und Strukturen der Stabsstelle, von der ich auch berichtete, sind wir in Nordrhein-Westfalen schon gut aufgestellt, um ein solches Angebot auch für den Kulturbereich zu entwickeln.

Drittens: Eigenverantwortung stärken. Die Einrichtungen und Projekte selbst stehen in der Verantwortung, Maßstäbe und Regeln für ein diskriminierungsfreies Umfeld zu erarbeiten. Hierzu werden wir weiterhin den Dialog insbesondere mit den institutionell geförderten Einrichtungen suchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung arbeitet intensiv daran, die Eckpunkte der Gemeinsamen Erklärung umzusetzen.

Yvonne Gebauer (FDP) bedankt sich für die Ausführungen. Die Staatssekretärin habe von einer zeitnahen Auswertung der verschiedenen Gutachten gesprochen. Hier interessiere sie der Zeitplan.

So schnell wie möglich, antwortet **StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW)**. Es werde aber etwas Zeit in Anspruch nehmen. Es habe ja auch schon lange gedauert, bis die Länderarbeitsgruppe eine Erklärung herausgegeben habe, und die Situation in den Ländern sei sehr unterschiedlich.

Andreas Bialas (SPD) hält die genannten drei Punkte für sehr vernünftig, weil sie in der Tat in ein schwieriges, dann auch möglicherweise rechtlich zu betrachtendes Feld hineingingen. Insofern müsse man an der Stelle höchste Sensibilität bei der Erstellung der Regelungen und dabei haben, auf welcher Ebene diese getroffen würden, nämlich gesetzlich, untergesetzlich oder Sonstiges. Insofern sei es sinnvoll, das sehr sensibel zu machen. In dem Gutachten von Herrn Möllers würden diese Problempunkte ebenfalls sehr genau benannt.

Sosehr man an der Stelle die gleiche Haltung habe und sosehr man sich wünsche, dass das komplett ausgeschlossen werden könne, dürfe nicht vergessen werden, dass es eben auch entsprechende Rechte gebe, die es nicht zu verletzen gelte. Um diesen Weg sauber zu gehen, sei es sinnvoll, dies sorgfältig und in Ruhe zu machen.

Es sei völlig richtig, sensibel vorzugehen. Bei der einen oder anderen Förderung würde er sogar weitergehen. Da sei manchmal auch ein bisschen Glaube, Hoffnung und Naivität dabei. Insofern sei es richtig und wichtig, sich dessen bewusst zu werden. Und auch Einrichtungen müssten sich ihrer Verantwortung klar werden im Hinblick auf dessen, was sie täten und zeigten. In Oberhausen habe man gemerkt, dass man trotzdem nicht immer alles abhalten könne. Deswegen sei es wichtig, an solchen Stellen Haltung zu zeigen, was man nicht gesetzlich, rechtlich klären könne. Er finde es richtig, sich da nicht herauszuhalten, sondern sich tatsächlich zu positionieren.

11 Weiterentwicklung der Beratenden Kommission im Rahmen der Kulturministerkonferenz am 13. März 2024 *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) führt aus:

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Sie über die aktuellen Entwicklungen in Bezug auf die Beratende Kommission NS-Raubgut zu informieren. Wie Sie wissen, stützt sich die systematische Provenienzforschung und Restitutionspraxis in Deutschland seit mehr als zwei Jahrzehnten auf die Washingtoner Erklärung aus dem Jahr 1998, die Gemeinsame Erklärung aus dem Jahr 1999 und die Handreichung zur Umsetzung der Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgutes insbesondere aus jüdischem Besitz.

Kommt es zu Differenzen über die Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturguts, kann die Beratende Kommission NS-Raubgut als Mediationsinstanz hinzugezogen werden und rechtlich unverbindliche Empfehlungen abgeben.

Am 13. März 2024 wurde in der Kulturministerkonferenz und im kulturpolitischen Spitzengespräch über eine Weiterentwicklung der Beratenden Kommission beraten. Dabei wurde ein gemeinsames Papier der Beauftragten für Kultur und Medien, der Kulturministerinnen und -minister der Länder sowie der kommunalen Spitzenverbände verabschiedet. Darin verständigen sich die Beteiligten auf folgende Punkte:

An die Stelle der Beratenden Kommission soll eine Schiedsgerichtsbarkeit treten. Diese Schiedsgerichtsbarkeit soll auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens sowie eines Staatsvertrages umgesetzt werden. Eine neue Verfahrensordnung ergänzt die Regelungen der zukünftigen Arbeit der Stelle.

Außerdem wird eine neue Grundlage der Fallbearbeitung geschaffen, und zwar in Form eines umfassenden, ausdifferenzierten Bewertungsrahmens.

Entscheidungen sollen zukünftig rechtlich verbindlich und von einer weiteren Instanz überprüfbar sein.

Außerdem soll eine einseitige Anrufbarkeit der neuen Schiedsgerichtsbarkeit möglich sein für den Fall, dass im Vorverfahren zwischen Einrichtung und Anspruchstellern keine Einigung erzielt werden konnte. Aktuell müssen beide Seiten die Beratende Kommission gemeinsam anrufen.

Es wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die das Verfahren konkretisiert und dabei fachliche und juristische Expertisen einbezieht. Die Umsetzung soll bis Ende 2024 erfolgen.

Vereinbart ist nun eine schrittweise Umsetzung hin zu einer Schiedsgerichtsbarkeit. Dazu wird zeitnah ein Verwaltungsabkommen abgeschlossen und auf dieser Grundlage ein Staatsvertrag geschlossen.

Es ist den Ländern gelungen, die Erarbeitung eines verbindlichen Bewertungsrahmens zu erwirken, sodass wir mit einer wesentlichen Verbesserung der zukünftigen Verfahren rechnen können.

Die Weiterentwicklung der Beratenden Kommission wird bundesweit diskutiert und natürlich auch international wahrgenommen. Auch deshalb ist die nun getroffene Verabredung von besonderer Bedeutung.

Unabhängig von dieser geplanten bundesweiten Regelung findet schon jetzt die forschende Arbeit in den Einrichtungen selbst statt, auf deren Grundlage erfolgreiche Einigungen im Sinne fairer und gerechter Lösungen entsprechend der Washingtoner Prinzipien gefunden werden.

Die Koordinator*innenstellen in den Ländern garantieren systematische, strategische und nachhaltige Forschung. In der Kultur-MK herrscht Einigkeit darüber, dass diese Strukturen eher verstärkt werden sollen und eine zentralisierte Forschung auf Bundesebene nur ergänzend erfolgen soll. Die diesbezügliche Arbeit der Koordinierungsstelle für Provenienzforschung in NRW hat Ihnen Frau Hartmann ja bereits in der Sitzung des AKM am 07.12. vorgestellt.

Nordrhein-Westfalen ist eines der wenigen Bundesländer, die die Herkunftsforschung gezielt und systematisch vorantreiben. Dazu zählen zum Beispiel die Neueinrichtung einer Fachreferent*innenstelle Herkunftsforschung im Ministerium für Kultur und Wissenschaft im Jahre 2020, die Kulturförderrichtlinie mit Erleichterungen für kleinere Projektträger, die Einrichtung der Koordinierungsstelle für Provenienzforschung in NRW, das Kulturgesetzbuch 2022 mit seinem § 5, der das Selbstverständnis des Landes NRW in Bezug auf die Herkunftsforschung wiedergibt und neben dem NS-verfolgungsbedingten Entzug auch das koloniale Erbe sowie unrechtmäßige Entzüge während der SBZ- und DDR-Zeit in den Blick nimmt, sowie das neue Förderprogramm Provenienzen NRW 2024.

Über die weiteren Entwicklungen werden wir Sie gerne auf dem Laufenden halten.

Andreas Bialas (SPD) bedankt sich für den Bericht und möchte wissen, ob die Stelle von Frau Hartmann für die nächsten Jahre ausfinanziert sei.

Ihres Wissens, so **StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW)**, sei die Stelle durchfinanziert.

12 Aktueller Sachstand Diversität und Teilhabe in Kunst und Kultur (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2483

– keine Wortbeiträge

gez. Christina Osei
Vorsitzende

3 Anlagen

03.05.2024/13.05.2024



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende des Ausschusses
für Kultur und Medien
Frau Christina Osei
- per E-Mail –



INA BLUMENTHAL

Parlamentarische Geschäftsführerin
Medienpolitische Sprecherin

ANDREAS BIALAS

Kulturpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-22 64
F 0211.884-Durchwahl_Fax

www.spd-fraktion-nrw.de

03.04.2024

**Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des AKM am
18.04.24**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Fraktion des Landtags NRW beantragen wir folgenden
Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung für die Sitzung des
Ausschusses Kultur und Medien am 18.04.24 aufzunehmen:

Themis - Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt

Unter dem Hashtag #MeToo entstand Ende 2017 eine weltweite Debatte über sexuelle Belästigung und Gewalt an Frauen und auch Männern am Arbeitsplatz. Insbesondere die Filmindustrie war und ist von diesen Ereignissen betroffen. Auch in Deutschland bestand Handlungsbedarf. Im Jahre 2018 gründeten 17 deutsche Verbände aus Film und Fernsehen eine Vertrauensstelle, an die sich Betroffene von sexuellen Übergriffen wenden können. Mit Sitz in Berlin, hat die Themis Vertrauensstelle im vergangenen Jahr ihr fünfjähriges Bestehen gefeiert. In der Zwischenzeit hat es eine erste Evaluation der Arbeit der Beratungsstelle gegeben und die Beratungsstelle war an zusätzlichen Studien beteiligt. Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Welche Hauptkenntnisse hat die Evaluation über die Arbeit der Beratungsstelle geliefert und welche Maßnahmen wurden in Folge der Evaluation umgesetzt?
- Welche Planungen gibt es Themis institutionell zu unterstützen und/oder in NRW eine Vertrauensstelle einzurichten?
- Wie erfolgt der Wissensaustausch zwischen Themis und der Landesregierung in NRW? Liegen der Landesregierung Zahlen vor wie viele Künstlerinnen und Künstler in NRW betroffen sind?
- Welche Maßnahmen hat die Landesregierung seit der #MeToo-Debatte in NRW umgesetzt, um sexuelle Belästigung und Gewalt in der Film-, Fernseh-, und Theaterbranche zu begegnen?

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Bialas

Landtag Nordrhein-Westfalen

Referat I.A.2 / A12

Ausschussvorsitzende Christina Osei MdL

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

04. April 2024

**Berichts-anfrage der FDP-Landtagsfraktion für die Ausschusssitzung am
18. April 2024 zum Thema „Internationale Kurzfilmtage Oberhausen“**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die nächste Ausschusssitzung am 18. April 2024 bitte ich im Namen der FDP-Landtagsfraktion um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu folgendem Thema:

Internationale Kurzfilmtage Oberhausen

Die internationalen Kurzfilmtage Oberhausen wurden 1954 gegründet. Sie sind damit nicht nur das älteste Festival ihrer Art, sondern haben sich auch zu einem der wichtigsten Kurzfilmfestivals der Welt entwickelt. International genießen sie einen hervorragenden Ruf als Diskussionsforum filmkünstlerischer und medientechnologischer Entwicklungen. Jedes Jahr kommen Gäste aus der ganzen Welt nach Oberhausen, somit haben die Internationalen Kurzfilmtage nicht nur eine große Bedeutung für Nordrhein-Westfalen, sondern auch über die Kulturszene hinausgehend.

Im Vorfeld des 70. Jubiläums vom 01. bis zum 06. Mai 2024 scheint der Fokus allerdings nicht nur auf Kurzfilmen zu liegen: Als der derzeitige Festivalleiter Lars Henrik Gass zwei Wochen nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 dazu aufforderte, sich am 22. Oktober 2024 der Kundgebung „Gegen Terror, Hass und Antisemitismus - Solidarität mit Israel!“ in Berlin anzuschließen, begann eine internationale Stimmungsmache gegen ihn. Ihm wurde vorgeworfen, jede Person zu dämonisieren, die sich mit der palästinischen Position solidarisiere. Seine Positionierung und sein Teilnahmeaufruf führten weiter dazu, dass die „International Film Community“ eine Petition und Boykott-Kampagnen gegen die Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen starteten. Als Folge davon wurden Kurzfilme bereits zurückgezogen, ebenso zogen sich Verleiher zurück und Programme mussten gekürzt werden. Klarstellungen von Lars Henrik Gass konnten nicht zur Beruhigung führen.

Mittlerweile ist das Festival insgesamt gefährdet, aktuell wird auch über eine drastische Erhöhung der Sicherheitsmaßnahmen für die Kurzfilmtage diskutiert. ¹ Ein international anerkanntes und renommiertes Festival scheint seine Weltoffenheit zu verlieren.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung hierzu zu berichten und dabei insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Wie wird in Anbetracht der Landesförderung mit Boykottaufrufen und Absagen rund um das Festival umgegangen?
2. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um einen dauerhaften Schaden eines international renommierten Festivals und auch für die Kulturszene in Nordrhein-Westfalen abzuwenden?

Mit freundlichen Grüßen



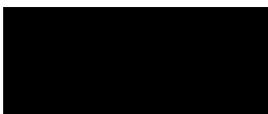
Yvonne Gebauer MdL

¹ <https://www.ardmediathek.de/video/lokalzeit-ruhr/lokalzeit-ruhr-oder-26-03-2024/wdr-essen/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmlmZQzYWRhZGUtZGQ2My00N2EyLTkyOTUtYjQzNTI2NDg5ZmUz>, aufgerufen 04.04.2024



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende des Ausschusses
für Kultur und Medien
Frau Christina Osei
- per E-Mail –



INA BLUMENTHAL

Parlamentarische Geschäftsführerin
Medienpolitische Sprecherin

ANDREAS BIALAS

Kulturpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-22 64
F 0211.884-Durchwahl_Fax

www.spd-fraktion-nrw.de

03.04.2024

**Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des AKM am
18.04.24**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Fraktion des Landtags NRW beantragen wir folgenden
Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung für die Sitzung des
Ausschusses Kultur und Medien am 18.04.24 aufzunehmen:

Aktueller Sachstand Diversität und Teilhabe in Kunst und Kultur

Am 24. Juni 2021 hat die damalige Landesregierung den Bericht „Diversität und
Teilhabe in Kunst und Kultur stärken – Konzepte des MKW“ vorgestellt. Hintergrund
war die Neueinrichtung eines Referates im MKW, das das Thema entwickeln und
umsetzen sollte. Dem war die Auflösung der Zukunftsakademie NRW Ende 2019
vorausgegangen.

Die gesellschaftliche Bedeutung von Diversität und Teilhabe ist seither noch weiter
gestiegen und wird auch in Zukunft eins der wichtigsten Handlungsfelder in unserer
Gesellschaft und so auch in Kunst und Kultur bleiben.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Daher bitten wir die Landesregierung um einen aktuellen Sachstand zum Gesamtkonzept Diversität und Teilhabe unter Beachtung folgender Fragen:

- Wurde das Konzept des MKW seit der Veröffentlichung im Jahre 2021 weiterentwickelt?
- Welche Aufgaben und Themenbereiche werden im MKW und speziell im Referat „Teilhabe, Diversität in der Kultur“ erfüllt und umgesetzt?
- Welche Aufgaben und Ziele aus der Evaluation der Zukunftsakademie NRW sind im Gesamtkonzept des MKW zu Diversität und Teilhabe in Kunst und Kultur aufgegangen?
- Wie hoch sind die Mittel, die für diesen Themenbereich bereitgestellt werden und welche Projekte, Institutionen werden in welcher Höhe gefördert? Bitte um tabellarische Auflistung.
- Welche weiteren Ressorts in der Landesregierung, außerhalb des MKW, sind an den Themen Diversität und Teilhabe in Kunst und Kultur beteiligt? Wie arbeiten die Ressorts zusammen?

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Bialas